Rettet unsere Kommunen – Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge

Da sein für Nürnberg – Da sein für uns – Da sein mit uns

Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundene Lebensstandard der Menschen befindet sich auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Trotzdem ist die gegenwärtige Lage von höchster Staatsverschuldung und leeren öffentlichen Kassen geprägt (Unterfinanzierung im Bildungsbereich, Defizite bei der sozialen Infrastruktur). Verursacht wurde dies durch eine sozial unausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Auch die guten wirtschaftlichen Jahre 2005 – 2008 haben das Auseinandergehen der Schere nicht gebremst.

Diese soziale Schieflage stellt eine Gefahr für unsere Demokratie dar.

Selbstverwaltete Kommunen in Deutschland sind wichtige Eckpfeiler der Demokratie und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Die kommunale Selbstverwaltung entscheidet über die Ausgestaltung der lokalen Angebote der Daseinsvorsorge, Infrastrukturmaßnahmen, öffentliche Dienstleistungen und freiwillige Angebote sowie deren Erbringung für Bürgerinnen und Bürger.

Die staatlichen Leistungen, die die Bürgerschaft wahrnimmt, werden fast ausschließlich von Städten bereitgestellt, oder von ihnen durch Zuschüsse initiiert: ÖPNV, sozialer Wohnungsbau, Straßen, Wege, Plätze, Kindergärten, Schulen, Bäder, Theater, Sportförderung, Feuerschutz usw.

Erst die Summe all dieser Angebote schafft das, was wir alle zu Recht von der Bundesrepublik erwarten: einen modernen Dienstleistungsstaat.

Kann dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten werden, erodiert das Vertrauen in Staat und Demokratie, weil berechnete Erwartungen nicht mehr oder nur noch unzulänglich berücksichtigt werden.

Die seit Jahren strukturelle Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte und die aktuellen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gefährden die kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland stehen in der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte.

- Nach einem Defizit von 7,1 Mrd. Euro im Jahr 2009 droht 2010 ein Rekorddefizit von 15 Mrd. Euro.
- 2010 werden die kommunalen Gebietskörperschaften fast 15% weniger Einnahmen haben als 2008, das sind 11,5 Mrd. Euro.

- Die Steuerschätzung von Mai 2010 erklärt die Städte zu den großen Verlierern: Sie sind im Vergleich zu ihrem Anteil am Steuertopf überproportional von den Mindereinnahmen betroffen und werden sich auch später erholen als Bund und Länder.

Allein die Stadt Nürnberg hat in den nächsten vier Jahren Steuermindereinnahmen in Höhe von 180 Mio. € zu erwarten. Das sind 10 neue Schulen oder 50 Kindertagesstätten.

Diese Zahlen machen deutlich, dass die Kommunen, dass die Stadt Nürnberg, kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem haben. Verstärkt wird diese Situation vor allem durch die Zunahme gesetzlicher Aufgabenzuweisungen durch Bund und Länder, durch steigende Qualitätsanforderungen, ohne das dabei den Kommunen die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir brauchen dringend eine angemessene Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Wichtige und gesellschaftlich notwendige Investitionen in Bildung, Umwelt, Integration, soziale Sicherung und öffentliche Infrastruktur müssen getätigt werden.

Stabile Kommunalfinanzen stabilisieren das Vertrauen in Staat und Gesellschaft und sind das beste Konjunkturpaket.

Die Stadt Nürnberg hält an geplanten Investitionen (Sanierung von Schulen, Ausbau der Kindertagesstätten) fest und versucht hier entscheidende Impulse zu setzen. Investieren heißt hier: Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und aktive Unterstützung des regionalen Arbeitsmarktes. Investitionen sollen auch zukünftig vor allem dort stattfinden, wo sie unmittelbar den Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommen.

Öffentliche Verwaltungen und Betriebe als kommunale Arbeitgeber haben, gerade in Krisenzeiten, durch gute Arbeits- und Einkommensbedingungen eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Dazu gehört auch, ein klares Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Aufgabenwahrnehmung, die „Urform“ kommunalen Handelns. Notwendige Organisationsänderungen sollen auch zukünftig ohne Privatisierung stattfinden.

Dies ist auch einer der Eckpunkte in der seit Anfang der 90er Jahre geltenden Rahmenvereinbarung zur Haushaltskonsolidierung und Weiterentwicklung der Nürnberger Stadtverwaltung. Dazu gehört auch, den Mitarbeiter/innen über den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, eine Beschäftigungsgarantie zu sichern. Dies wird auch in Zukunft wichtige Voraussetzung dafür sein, die notwendigen Weiterentwicklungen der öffentlichen Verwaltung, im Schulterschluss mit den Beschäftigten zu verwirklichen.

All dies ist aber nur möglich, wenn den Kommunen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Es wird in nahezu keinem öffentlichen Haushalt gelingen, die Steuermindereinnahmen durch Konsolidierung auch nur annähernd auszugleichen. Im Gegenteil: Damit droht die kommunale Handlungsfähigkeit gänzlich eingeschränkt zu werden. Damit droht ein Ende der kommunalen Selbstverwaltung und damit das Ende eines Kernstücks unserer Demokratie.

Deshalb fordern die Unterzeichner dieser Erklärung:

- Eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die nicht vorrangig an privater Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, sondern an der Frage ihres Nutzens für unsere Gesellschaft und deren Menschen.
- Eine aufgabengerechte und stabile Finanzausstattung der Kommunen.
- Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer.

Es muss nicht nur allen Versuchen, die Gewerbesteuer auszuhöhlen, strikt Einhalt geboten werden, vielmehr muss über die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (Einbeziehung der freien Berufe in die Steuerpflicht) eine über die Zeit und über die Fläche hinweg höhere Stabilität der Gewerbesteuer erreicht werden. Die Maßnahmen aus dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz müssen zurückgenommen werden. Zuschlagsmodelle auf Einkommensteuer, Beteiligung an der Körperschaftssteuer bzw. höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer sind keine Alternativen und verschieben die Finanzierungslast der Kommunen auf die Mehrheit der arbeitenden Menschen.

(Beispiel: Sollte die Gewerbesteuer durch einen höheren Umsatzsteueranteil ausgeglichen werden, müsste der Mehrwertsteuersatz auf 30 % steigen)

- Ein finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.
- Die Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs verbunden mit einer Finanzausgleichsabgabe zugunsten finanzschwacher Kommunen.
- Die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss zugunsten der Gemeinden geändert werden (Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfe, Kinderbetreuung).
- Der Freistaat Bayern muss die Verbundmasse für den kommunalen Finanzausgleich spürbar erhöhen. Nur so ist gewährleistet, dass nicht auch in Bayern immer mehr Kommunen handlungsunfähig werden.

- Der Freistaat Bayern wird aufgefordert, ein Soforthilfepaket für die Bayerischen Kommunen zu beschließen. Hierbei sollen die Investitionsförderung und Investitionszuschüsse bis 1014 deutlich erhöht werden. Das ist eine Investition in Substanz und Infrastruktur und gut für die mittelständische Wirtschaft in Bayern.
- Die Einführung eines Infrastrukturansatzes und Reduzierung des einwohnerbezogenen Hauptansatzes.
- Die Einhaltung eines strengen Konnexitätsprinzips: Keine weitere Kommunalisierung staatlicher Aufgaben zu Lasten der Kommunen, ohne entsprechende Finanzausstattung.

Die Unterzeichner dieser Erklärung werden mit gemeinsamen Aktionen an die Öffentlichkeit gehen, an die Landes- und Bundesregierung herantreten und ein lokales Bündnis – „Rettet die Kommunen – Da sein für Nürnberg“ – zusammen mit Parteien, Kirchen, Organisationen und Verbänden eingehen, um für die genannten Forderungen aktiv einzutreten.

Nürnberg, 14. Juni 2010

Für die Stadt Nürnberg

Für die Gewerkschaft
ver.di Bezirk Mittelfranken

Für den Gesamtpersonalrat

Dr. Ulrich Maly
Oberbürgermeister

Jürgen Göppner
Geschäftsführer

Hans Mimler
Vorsitzender